

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köpfer in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
Zeugpreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.

Stettiner Zeitung.

Annahme von Inseraten Schulzstraße 9 und Kirchplatz 3.
Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidentanz.

Morgen-Ausgabe.

C. H. Berlin, 12. Juni 1891.
Preussischer Landtag.

Herrenhaus,
21. Sitzung vom 12. Juni.
Präsident Herzog v. Ratibor eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des Wahlverfahrens (Verfassungsänderung), wird mit großer Majorität genehmigt.
Die Denkschriften, betreffend die Ausführung des Aufhebungsgesetzes für Posen und Westpreußen und betreffend die in der Zeit von 1889 bis 1890 erfolgten Danausführungen an Wasserstraßen, werden durch Kenntnisnahme erledigt.

Bezüglich der Sperrgesetzvorlage beschließt das Haus Schlussberatung im Plenum und der Präsident ernannt den Fürstbischof Dr. Kopp zum Referenten.

Darauf verlegt sich das Haus.
Nächste Sitzung: Sonnabend 1 Uhr.
Tagesordnung: Rentengesetzgesetz und Landgemeindeordnung.

Abgeordneten-Haus.
102. Sitzung vom 12. Juni.
Präsident v. Kölller eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Caprioli, v. Wittlicher, v. Wellesch, v. Schelling, v. Heyden und Kommissare.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die erste und zweite Verlesung des Gesetzesentwurfs, betr. die Gewerbegerichte in der Rheinprovinz.
Handelsminister v. Wellesch leitet die Beratung mit dem Hinweis darauf ein, daß die Staatsregierung mit dieser Vorlage einem vom Reichstage angeforderten Wunsch entspreche, der dahin ginge, daß die Gewerbegerichte da, wo sie sich befinden, erhalten werden sollten.

Die Vorlage habe den Zweck, die rheinischen Gewerbegerichte mit den Bestimmungen des Reichsgesetzes vom 29. Juli 1890 in Uebereinstimmung zu bringen.

Abg. Lehmann (Ztr.) ist der Regierung für diese Vorlage dankbar, bittet um sofortige zweite Verlesung im Plenum und stellt den Antrag, die Vorlage an den Ausschuss zu empfehlen.

Abg. v. Cunn (ul.) spricht sich in demselben Sinne aus und betont, daß die rheinischen Gewerbegerichte sich seit Anfang dieses Jahrhunderts vollkommen bewährt haben. Auch er empfiehlt unverschiebte Annahme des Gesetzesentwurfs.

Abg. v. Eberhard (kons.) bittet, von der kommissarischen Beratung der Vorlage abzusehen.

Der Gesetzentwurf wird darauf an bloß angenommen und alsdann die Beratung des Entwurfs der Abg. Richter u. Gen. wegen Verlesung des Materials über die verfügbaren Getreidemengen und die Ernteaussichten fortgesetzt.
Abg. Graf Ranig (kons.) Ich habe mich gegen den Antrag einschreiben lassen, ich könnte aber auch ebenso für den Entwurf stimmen, denn solche Diskussionen tragen dazu bei, den Nutzen der Schutzzölle immer weiter zur Anerkennung zu bringen. Der Antrag hat gar keinen Zweck; nicht die Förderung des Volkswohls und der Volksernährung ist den Antragstellern die Hauptsache; sie haben zwar von einem Notstande gesprochen, aber unterlassen, die Bedarfszahlen zu nennen, die das Land notwendig gebraucht; es ist vielmehr gestern schon nachgewiesen worden, daß es sich bei dem Antrag um nichts weiter handelt, als um ein Agitationsmittel. Solche Angriffe, wie sie gestern gegen die Regierung gerichtet worden sind, können nicht dazu beitragen, unser Anliegen im Auslande zu erhöhen. (Widerspruch links.) Sie haben die Unklarheit nur gesteigert und werden dadurch nur das Gegenteil von dem Erreichten, was Sie erreichen wollen. Es würde ein unverschieblicher Fehler, eine unverschiebliche Schwäche der Staatsregierung sein, wollte sie dem Andrängen der Antragsteller nachgeben. Ich würde im Reichstage einer Suspension der Zölle zugestimmt haben, ich erkenne aber die Gründe an, welche die Staatsregierung zu ihrem Beschlusse geführt haben und kann nur wünschen, daß dieselben an ihrem Beschlusse festhalten. Was den österreichischen Handelsvertrag anbelangt, so ist meine Stellung zu demselben bekannt. Es kann nicht in Abrede gestellt werden, daß eine tiefe Erregung über denselben durch die ländliche Bevölkerung geht. Aber damit haben wir es heute nicht zu thun; es handelt sich hier um einen Ansturm der vereinigten demokratischen und sozialdemokratischen Agitation gegen die Staatsregierung, und da wissen wir, wo unser Posten ist — an der Seite der Staatsregierung. (Vehementer Widerspruch links.) Die Argumente des Abg. Richter in Betreff der früheren Notstandsjahre sind nicht stichhaltig. So will er die hohen Getreidepreise des Jahres 1856 mit dem orientalischen Kriege in Zusammenhang bringen. (Abg. Richter: Habe ich gar nicht gesagt!) Jedenfalls ist klar, daß auch ohne die Zölle die Hungersjahre nicht ausgeschlossen sind. Die Zölle haben die deutsche Landwirtschaft allein existenzfähig erhalten. Redner geht also an auf die Bewegung der Brotpreise näher ein und hebt hervor, daß die städtischen Wägen- und Armeenanstalten ihre eigenen Bäckereien hätten, die das Brod pro Pfund für 8 1/10 Pf. liefern, während die Bäcker 14 1/10 Pf. für das Pfund Brod fordern. Diese hätten somit einen Verdienst von nahezu 60 Prozent. Der Landwirt habe von den hohen Preisen keinen Nutzen, sondern nur der Handel; an der Wäse würden die Getreidepreise vertheuert. Herr Richter hat geltend gemacht, daß diese Debatte nur ein Vorparade sei. Als die Schutzzölle eingeführt wurden, da wußten wir, daß es ohne Kampf nicht abgehen würde. Wir arbeiten an unserer Spindel, hier im Parlament aber kämpfen wir und ich will lieber ehrlich arbeiten und kämpfen, als die Pläne ins Korn werfen. Nach nicht Eisen, aber Noth bringt kein Korn. Die produktiven Elemente des Landes werden auch in Zukunft zusammenhalten gegenüber den destruktiven Elementen und deren Verbündeten. (Vehementer Widerspruch rechts.)

Abg. Drömel (freis.): Die Landwirtschaft ist jetzt fortwährend nach Hilfe und nach Zillen, es giebt aber Millionen Arbeiter, die ebenfalls durch ehrlie Arbeit ihr Brod verdienen, die aber nicht ihre Mitbürger belasten wollen und diese haben ebenfalls ein Recht, gehört zu werden. Den Handelsgeschäften liegt daran, für ihre Operationen einträgliches Material zu haben, die Regierung ist in der Lage, durch die von ihr angestellten Ermittlungen über ein solches Material zu verfügen und der Herr Ministerpräsident würde sich um den Handel und die Versorgung unseres Vaterlandes mit Lebensmitteln ein Verdienst erwerben, wenn er sich entschliesse, das der Regierung vorliegende Material mitzutheilen. Daß die Regierung das, was sie weiß, der Öffentlichkeit vorzulegen, ist ein Vorgang ohne Gleichen. Die französischen Kammer haben sich auf Grund des vorgelegten Materials entschlossen, eine beträchtliche Zollermäßigung einzuführen. Der Herr Ministerpräsident und der landwirtschaftliche Minister haben bestritten, daß ein Nothstand zu befürchten sei. Mit diesem Worte wird viel Mißbrauch getrieben. Von einem absoluten Nothstand kann bei den Fortschritten unserer Technik wohl nicht mehr gesprochen werden und auch in der gegenwärtigen Zeit werden diese Fortschritte ausbleiben, soweit es möglich ist; aber das kann nicht bestritten werden, daß ein gewisser Nothstand vorhanden ist, denn in den bekannten Notstands Jahren von 1860 und 1867 sind die Getreidepreise nicht viel höher gewesen, als jetzt. Ich habe selbst bei einer hiesigen Firma zahlreiche Briefe russischer Getreidehändler gesehen, in denen übereinstimmend berichtet wird, daß bedeutende Getreidevorräte in Rußland nicht vorhanden sind. Die hohen Getreidepreise müssen dahin führen, daß die Bevölkerung sich eine Beschränkung auferlegen muß in Bezug auf den Verbrauch anderer Industriezweige und daraus ergibt sich, daß die hohen Getreidepreise auch auf die Industrie schädlich einwirken. Der Abg. Graf Ranig hat sich den Beweis für die Ursachen der hohen Brodpreise sehr leicht gemacht, indem er sich dafür auf die öffentlichen Anstalten beruft, dabei aber vergißt, daß diese Anstalten eine ganz andere Produktionsweise haben als die Bäcker. Wenn es richtig ist, daß die Bäcker Brod verdienen, so wäre es natürlich ratsam, wenn man sich entschliesse, Bäcker zu werden. (Heiterkeit.) Ein österreichischer Staatsmann hat erklärt, daß eine zeitweilige Ermäßigung der Zölle die Verhandlungen über den österreichischen Handelsvertrag nicht stören würde. Der Herr Ministerpräsident hat erklärt, daß die Regierung ein warmes Herz für den armen Mann habe, daß ihr alles daran liege, das Brod des armen Mannes zu verbilligen. Dies behauptet man aber nicht dadurch, daß man Ermittlungen über Ernteaussichten anstellt, nur die Aufhebung der Schutzzölle würde eine Thatfache sein, die dafür spricht.

Reichskanzler v. Caprioli. Der Vorredner hat der Regierung nahe gelegt, daß sie die Nachrichten, die sie erhalten hat, öffentlich bekannt geben solle. Ich glaube nicht, daß diese Aufgabe der Regierung ist. (Sehr richtig! rechts.) Herr Richter hat geltend gemacht, daß wir ja die Konsultatsberichte zu verfügung hätten. Das ist aber doch ein Unterschied zu beachten, denn diese Berichte haben nicht den Zweck, den Handel ad hoc zu Spekulationen nach dieser oder jener Richtung zu veranlassen. (Sehr richtig! rechts.) Die Herren kommen immer wieder auf die Verhältnisse in Rußland zurück. In einem mir heute zugegangenen Berichte sagt ein hoher Beamter: „Eine Gefahr, daß wir von Rußland nicht genügend mit Korn werden versorgt werden können, liegt nach meinem Dafürhalten nicht vor.“ Herr Drömel hat uns aufgefordert, doch zu beweisen, daß wir ein Herz für den armen Mann hätten. Das haben wir; wir glauben dem armen Mann aber am besten zu helfen, wenn wir feste und stetige Verhältnisse in den Handel bringen. (Sehr richtig! rechts.) Auch der Magistrat von Berlin sagt in einer mir kürzlich zugehenden Denkschrift, daß die Arbeiterfrage erst dann gelöst werden würde, wenn diese fließhafte und sprungweise Vertheilung beseitigt werden würde. Dies zu erreichen ist unsere Absicht. (Beifall rechts.) Einen Bruch mit den alten preussischen Zolltraditionen kann man uns nicht vorstellen, wenn wir daran festhalten, und wenn Herr Drömel behauptet hat, der Umbestand würde anders gehandelt haben als wir, so verzichte ich darauf, zu betonen, wie der verlassene Umbestand in der heutigen Lage gehandelt haben würde. (Beifall rechts.)

Abg. v. Cunn (nat.) ergreift nur das Wort, um den Standpunkt seiner Partei zu kennzeichnen. Besser wäre es gewesen, wenn dies gleich nach der Erklärung der Regierung am 1. Juni hätte geschehen können, als daß inzwischen die Agitationspartei oben gefunden habe, ihre Angriffe gegen die Staatsregierung besonders zuspitzen. Dem Grafen Ranig möchte er nicht erwidern, daß nach dessen Ausführungen jeder Handel aufhören müßte und daß nur der Landwirtschaft ein Recht auf Verdienst zustehe. Wenn die Angaben, die derselbe über die Bäcker gemacht habe, richtig wären, so wüßte er sich darüber, daß derselbe nicht schon lange Bäcker geworden sei. (Große Heiterkeit.) Daß der Zoll den Brodpreis vertheuere, sei nicht zu bestritten und sei er der Meinung, daß eine theilweise Suspension der Zölle am Plage gewesen wäre; aber mit der Erklärung des Ministerpräsidenten, daß in Bezug auf den auswärtigen Handel besondere Verträge abgeschlossen werden, verzichte er darauf, in die Agitation für die Suspension der Zölle einzutreten. Er sei weder Freihändler noch Schutzzöllner. (Lachen links.) Er habe den Schutzzöllnern zugestimmt, sei aber der Ansicht, daß es auch ein großer Schutz sei, die Exportfähigkeit der Industrie zu erhalten. Das geschehe am besten durch die Handelsverträge. Die weiteren Ausführungen hierüber gehören in dessen vor den Reichstag. Er werde mit seinen Freunden gegen den Antrag stimmen.

Abg. Richter (fr.) weist die der freisinnigen Partei gemachten Vorwürfe, daß sie Agitation treibe, zurück. Er lasse sich durch diesen Ausbruch nicht gränlich machen. Seine Partei halte die Agitation für eine Pflicht und ohne Agitation gebe es gar kein politisches Leben. Unbeschneht habe die freisinnige Partei die Agitation nicht in das Land geworfen. (Widerspruch rechts.) Die Dinge sprächen für sich selbst und das Land erwarde von seinen Vertretern, daß sie reden, wo das Nothwendige sei. Die Frage der landwirtschaftlichen Zölle werde nicht eher zur Ruhe kommen, bis sie im Sinne des Freiwilligen gelöst sei und der Bauernstand werde sich endlich davon überzeugen, daß der Gewinn, den er aus den Zillen habe, ein minimaler und verschwindender sei, daß dagegen der Gewinn der Großgrundbesitzer nach Zehntausenden rechne. Diese Thatfache müßte immer klarer gestellt werden. (Widerspruch rechts.) Redner warnt, auf dem durch die jetzige Wirtschaftspolitik betriebenen Wege fortzuführen, denn es werde dadurch den instruktiven Tendenzen der Weg geebnet; er verweise auf die Konsequenzen, welche die Sozialdemokratie aus dieser Politik schon gezogen habe, man werde dahin kommen, daß der Grundbesitz verstaatlicht werden müsse. (Leb. Widerspruch rechts.) Was zum Zusammensinken des Reichstages wünsche er dem Reichskanzler, daß bis dahin gutes Wetter bleibe im Interesse des Vaterlandes und der Politik der Regierung, er fürchte aber, daß die Regierung sich schon nach kurzer Zeit zu Maßregeln gedrängt sehen werde, die sie heute verweigere. (Beifall links.)

Abg. v. Schalscha (Zentr.) wendet sich gegen die durch die Agitation der Sozialdemokratie und der freisinnigen Partei hervorgerufene Erregung. Die Agitation der Sozialdemokratie gehe auf den Unlutz aller Vorkommen, die letztere sei diejenige, die mit Entstellungen operire. Ueber den richtigen Ton der Debatte hier im Hause habe er sich geäußert; dies habe man den Vorständen der Geschäftsdirektion zu danken, die eine ruhige Erwägung herbeigeführt und es verhindert habe, daß das Haus der Abgeordneten der Schaulap einer wilden Agitation würde. Er habe in den landwirtschaftlichen Zöllen immer eine Entschädigung für die für durch die Entwerthung der Wälate in den Nachbarländern zu gestifteten Schäden erblickt. Diese Entwerthung der Wälate sei eine Folge der Einführung der Goldwäse bei uns. Unsere Roggenpreise sinken aber in Folge der letzteren, die ausländischen blieben dagegen auf der Höhe. Er sei deshalb immer für den hohen Zoll gewesen, wenn er sich auch gestützt habe, zu sagen, wie hoch er ihn haben wolle. (Heiterkeit.) Wer wisse, was ihm dann passirt wäre. (Große Heiterkeit.) Er behaupte auch heute noch, daß der Zoll vom Auslande getragen werde und daß die hohen Preise in Berlin nur eine Folge der grenzenlosen Agitation seien. Der Zoll habe auf den Preis keinen Einfluß. Ein Nothstand siehe nicht in Aussicht, wäre es der Fall, dann würden die Zölle daran nichts ändern. Der Spekulant forje neben dem Bäcker, daß das Korn thener werde. Die Getreideimporteure wollten nach den freisinnigen Ernteschätzern des Volkes sein, dann müßten sie alle Waisspekulanten sein. Sie halten aber Getreide zurück, um ihren unendlichen Geldbeutel zu füllen. (Lachen.) Der Minister Maybach gehe, aber der Siffbaum bleibe. (Beifall rechts, Lachen links.)

Die Debatte wird nunmehr geschlossen.
Nach einer großen Reihe persönlicher Bemerkungen erklärt
Abg. Dr. K. (freisinnig), daß der Schluß der Diskussion seine politischen Freunde verhindert habe, ihre Ansicht darzulegen. In Folge dessen sehe er sich veranlaßt, mamentliche Abstimmung zu beantragen.
Der Antrag erhält ausreichende Unterstützung.
Das Schlußwort erhält alsdann der Antragsteller
Abg. Richter (freis.). Derselbe will nur eine kurze Rede halten und wendet sich zunächst gegen die Ausführungen des Abg. von Schalscha, der zu seinen Lieblingsrednern gehöre, weil in dessen Reden eine gewisse naive Freisinnigkeit sich äußere, die er gern habe. (Heiterkeit.) Er weist dessen Angriffe gegen die Getreideimporteure zurück und widerlegt dessen Ausführungen über die Ursachen der Preissteigerung. Wenn der Abg. v. Schalscha über die Goldwäse und die Wälate gesprochen, so empfehle er demselben das Studium der bekannten Contrahschen Probe über den Einfluß des Inbaltens auf die Getreidepreise. Daß Landwirthe an der Börse spekuliren, sei ihm bekannt; diese Spekulation lasse sich aber nicht auf den Nothstand derselben zurückführen. Die größten Spieler seien nicht immer gerade die, welche es am nöthigsten gebrauchen. Herr v. Schalscha erinnere ihn an einen wirtschaftslehrenden Staatsmann aus früherer Zeit, an Joseph in Egypten. (Große Heiterkeit.) Was die Statistik anbelange, so habe Herr v. Caprioli über den Werth derselben in einer Weise geredet, wie er es nicht erwartet hätte. Die Statistik werde bei uns zu wenig dem praktischen Bedürfnis angepaßt. Wenn der Herr Ministerpräsident heute die Mitteilung über den Roggenbestand in Rußland aus dem Berichte eines hohen Beamten gemacht habe, so war dies ein Anfang dessen, was der Antrag Richter wünsche. Warum gehe Herr von Caprioli nicht weiter und theile z. B. auch den Preis des Roggens mit? Das Zitat aus der Denkschrift des Berliner Magistrats sei aus dem Zusammenhange herausgerissen und lasse sich daher nicht beurtheilen. Redner geht alsdann, unter großer Umrohe der Rechten, auf eine Widerlegung der Ausführungen der Abg. von Cunnern und Grafen Ranig näher ein und meint, es geböre auch zu den Informationen für das Land, daß die rechte Seite sich so auffähre bei beratenden Verhandlungen. Die ganze Begeisterung für die Getreidezölle sei erst in künstlicher Weise durch den Fürsten Bismarck in das Land hineingetragen. Der ganze Generalfstab für die Getreidepreise bestehe in Majoratsherren und Fideikommissbesitzern. Wenn der Graf Ranig von der Wohlhabenheit in Berlin gesprochen habe, so kenne er allerdings nicht, wie es in den Kellern und in den Hinterhäusern Berlins zugehe, wo Noth und Elend zu Hause ist. Sie wissen, daß die Regierung den Handelsvertrag mit Oesterreich abgeschlossen hat und daß die Regierung klammert werden würde, wenn der Handelsvertrag abgelehnt würde, und trotzdem sprechen Sie (zur Rechten) sich nicht, fortwährend im Lande dagegen zu agitiren. (Widerspruch rechts.) Ich habe seit 20 Jahren im parlamentarischen Kampfe gestanden, aber niemals habe ich es gewagt, den Fürsten Bismarck so schlecht zu behandeln, wie hier fortgesetzt der Minister Herzfurcht behandelt worden ist. (Große Ironie rechts.) Niemals habe ich mir erlaubt, einen Minister so geringschätzig zu behandeln, wie Sie es dem Minister Herzfurcht gegenüber gethan haben. (Abermaliger Ironie.) Wir sind stolz darauf, als freisinnige Partei die allgemeinen Interessen des Volkes hier zu vertreten, wir hoffen, daß wir auch in dieser Angelegenheit Erfolg haben werden. (Vehementer Widerspruch rechts.)

In einer persönlichen Bemerkung bedauert Abg. v. Cunn (nat.), daß die Geschäftsordnung ihm verziele, einem Mißbrauch des Schluß-

wortes, wie der Vorredner ihn geübt, gebührend entgegen zu treten. (Große Ironie, Beifall rechts.)
Bei der hierauf vorgenommenen namentlichen Abstimmung wird der Antrag mit 223 gegen 20 Stimmen abgelehnt. Dafür nur die Freisinnigen und die Wänen.
Hierauf verlegt sich das Haus.
Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr.
Tagesordnung: Mißbrauchsgesetz.
Schluß 5 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 12. Juni. Heute Abend findet in der Jaspis-Gallerie des Neuen Palais eine Tafel von ca. 50 Gedecken statt, zu welcher der Reichskanzler und die aktiven Staatsminister, die Staatssekretäre und die zur Zeit hier anwesenden Bevollmächtigten zum Bundesrathe oder deren Vertreter und mehrere andere hochgestellte Personen mit Einladungen beehrt worden sind. Die Tafelmusik wird von den Musikern des 1. und 3. Garde-Mänen-Regiments und des Garde-Jäger-Bataillons ausgeführt werden.
— Wie die „Post“ hört, hat Se. Majestät der Kaiser Herrn Major von Wissmann bei dessen jüngster Anwesenheit in Berlin, nachdem er bereits früher für den Wissmann-Dampfer 3000 Mark gespendet, neuerdings wieder seiner lebhaftesten Unterstützung versichert.
— Eine Berliner Korrespondenz rechnet aus, daß die Sozialdemokratie, vom großen Hamburger Zigarren-Arbeiterstreik angefangen, in fortgesetzter Reihe 27 Anklagen verloren und dabei annähernd eine Million Mark Unterstützungsgelder zugestekt habe.
— Die Justizkommission des Herrenhauses hat heute über das Verbot des Privathandels mit Staatslotterietickets beraten und beschlossen, die unveränderte Annahme des Gesetzesentwurfs dem Plenum zu empfehlen.

Zur Beurtheilung der Frage, ob und inwieweit die Anklage, welche die Partei Fustangel im Bochumer Steuerprozess gegen den Bochumer Verein und insbesondere Herrn Baare wegen angeleglicher Stempelfälschungen bei der Ablieferung von Stahlstücken an die Eisenbahndirektionen geschehen sei, ernst zu nehmen ist, veröffentlicht Herr Baare in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ was folgt:
„Bochum, den 26. Dezember 1881.
Herrn Dienenbach zur vertraulichen Untersuchung und Rücksprache.
Mir ist von diesem Stempel nichts bekannt.
V. 27/12 81.
gez. Baare.
Gehehrter Herr Generaldirektor!

Ihre Hochwohlgeboren bitte ich um gütige Entschuldigung, daß ich Sie mit Nachstehendem bestricke. Seit 11 Jahren bin ich mit der Ausgabe und Anhaltbaltung des allgemeinen Wertzeuges für Schlosser und Dreher auf dem Bochumer Verein beauftragt, wo ich sogar noch Auskünfte drin habe, außerdem habe ich seit 8 Jahren das Graviren der Stempel hauptsächlich ganz allein. Alle diese Arbeiten habe ich, wie meine Vorgänger bezeugen müssen, stets mit Fleiß und Gehorsam erledigt, insbesondere mich des letzteren, wo nachstehende Fälle ergeben, der größten Verschämtheit befleißigt. Unter anderem bin ich damit betraut worden, nach mir gefertigten, resp. selbst abgenommenen Weiabrücken Stempel gleich denen der Kontrolluren derjenigen Bahnen, an welche der Verein die Lieferungen hatte, anzufertigen. Herr Generaldirektor werden gütigst entschuldigen, wenn ich auch über Ihren Werthen Person gegenüber stillschweigen über den Gebrauch dieser Stempel beobachte, sowie ich dieses im Allgemeinen seit der genannten Zeit von acht Jahren gethan habe. Am 16. d. M. bin ich nun angeklagt als überfällig gekündigt worden. Ich beweise, daß Ihre Hochwohlgeboren der ganze von mir dovertrogene Sachverhalt bekannt gewesen ist und stelle ganz ergebeif anheim, die Sache nochmals in Erwägung zu ziehen.

Cure Hochwohlgeboren ganz unterthänigster
gez. Peter Janßen.
Br. m. ergebenst zurückzusenden mit dem Bemerkten, daß es öfter vorkommt, daß wir für die mit Abnahme von Eisenbahnmaterial beauftragten Revisionen auf deren Wunsch Stempel anfertigen lassen. Es wird darüber in der Regel ein Kommissionszettel angefertigt und darnach der Auftrag ausgeführt. Es kommt aber auch vor, daß dies unterlassen wird und die Stempel v. B. durch Herrn Berling, um keine Zeit zu verlieren, den betreffenden Arbeitern direkt beistellt worden sind, was der Ordnung halber in Zukunft nicht mehr geschehen soll. — Beispielsweise sind unten die für verschiedene Revisionen angefertigten Stempel angeführt.
Es macht auf mich den Eindruck, als ob der gen. Janßen diese Arbeit für eine unerlaubte hielt und durch eine verdeckte Drohung die erfolgte Klüfung rückgängig zu machen suchte. Ich möchte mich daher gegen die Rücknahme derselben aussprechen.
Bochum, 29./12. 81.
gez. E. Dierfenbach.

Herr Kraft für Oberitalische Bahn.
„Gallais für Verba.
„Gallais für Nordspanien.
„Strüwe für Hannover. Staatsbahn.
„van Nuth für Niederland, Staatsbahn.
„Terneiden für
do.
„Greef für Moskau-Kursk.
„v. Myersch für Jaroslao.
„Boden für Rostock-Wolgog.
„Schreiber für Frankfurt-Bebra.
„Hartnac für
do.
„Dege für Berg-Märk. Bahn
und verschiedene andere.
Br. 30./12. 81.
Hiernach ist der p. Janßen abschließlic be-
schieden worden.
B. eodem.
Daher ad acta.
gez. Baare.
Hierdurch wird konstatiert, daß nach dem Kommissionsbuch des Bochumer Vereins während der Zeit von 1881—1891 auf Grund von Kommissionszetteln über 80 Stempel für ausländische und inländische Eisenbahn-Revisionen auf deren Wunsch zu ihrem Gebrauch angefertigt worden sind.
Bochum, den 10. Juni 1891.
Baare.
Hiervon geht jedenfalls hervor, daß der Zeuge Janßen, welcher die Anfertigung der falschen

Stempel befordern soll, schon vor fast 10 Jahren von dem Bochumer Verein entlassen worden ist.
Oesterreich-Ungarn.
Wien, 12. Juni. (W. T. B.) Abgeordnetenhaus. Der Handelsminister Marquis Vacquhem legte das Berner Uebereinkommen betreffend den Eisenbahnverkehr mit dem Durchfahrtsgefez vor. Dasselbe interpellirte im Sinne eines Mißtraufes mit England behufs Schutzes des geistigen Eigentums.
Schweiz.
Bern, 12. Juni. (W. T. B.) Der Ständerath hat mit 21 gegen 18 Stimmen den neuen Artikel der Bundesverfassung angenommen, welcher bestimmt, daß dem Bund das Banknotemonopol zustehe, daß der Bund das Recht zur Ausgabe von Banknoten einer Staatsbank oder einer Zentralanleihebank übertragen könne, und daß der Regierung aus den Geschäften dieser Bank den Kantonen zuzufloe. Die letzte Bestimmung wurde zu dem von dem Nationalrath am 16. April d. J. beschlossenen Entwurf hinzugefügt. In Folge dieser Abänderung muß der Nationalrath über den Verfassungsentwurf nochmals Beschluß fassen. — Eine dem neuen Zolltarif freundlich gestimmte Versammlung von Mitgliedern der Bundesversammlung beschloß gestern außer einer in diesem Sinne gehaltenen Adresse an den Bundesrath auch eine Proklamiation an das Schweizer Volk zu Gunsten der Annahme des Zolltarifs zu erlassen. Die Ausführung der Beschlüsse wurde einer Kommission übertragen.
Frankreich.
Es befestigt sich nunmehr doch, daß das neue französische Panzergeschiff „Marscau“ dazu bestimmt ist, die Fahrt der französischen Panzerdivision des Nordens in die Ostsee mitzumachen; es ist aus dem Verbands der Mittelmeergeschwaders ausgegliedert und bereits in Gêrbe zur See eingetroffen. Der „Marscau“ ist ein Panzergeschiff ersten Ranges und in La Seyne nach den Plänen des Marinegenieurs Hun gebaut; er hat ein Displacement von 10,600 Tons und die neuen deutschen Panzer kommen ihm an Größe also ziemlich gleich; seine Armirung besteht aus vier in Arbeitstürmen aufgestellten 34 Zentimeter-Geschützen und in siebenzehn 14 Zentimeter-Kanonen. Der Bau des Panzers wurde im Jahre 1881 begonnen, er hat also volle zehn Jahre in Anspruch genommen in Folge der zahlreichen Aenderungen, die in den ursprünglichen Plänen gemacht wurden. Trotz dieser Aenderungen entspricht der „Marscau“ nicht mehr den Anforderungen, die heutigen Tages an ein Schlachtschiff gestellt werden. Seine Artillerie ist feindsüchlig geworden, die bei der Abfertigung der Batterien mit 17 Geschützen von 14 Zentimetern einem geschickten Feinde gegenüber kaum zu halten sein werden. Der „Marscau“ hat erst in den ersten Monaten dieses Jahres seine Probefahrten und zwar in Toulon beendet. Sie scheinen sehr gewisshaft ausgeführt zu sein und haben günstige Resultate ergeben. Diese werden auch die von deutscher Seite aufgestellte Behauptung, daß sich bei Panzern von etwa 10,000 Tons Displacement eine größere Geschwindigkeit als 15 Knoten nicht erreichen lasse. Bei Vollkampfe und vierstündiger Fahrt gaben die Maschinen eine Leistung von 11,017 Pferdekraft, welche dem Schiffe eine mittlere Geschwindigkeit von 16,4 Knoten gab. Auch die Schiebereihe mit den großen 34 Zentimeter-Geschützen sind befriedigend verlaufen; dieselben scheitern mit einer Pulverladung von 176 Kilogramm und einer Anfangsgeschwindigkeit von 600 Metern ein Geschos von 420 Kilogramm. Die Geschütze sind so aufgestellt, daß immer drei von ihnen den ganzen Horizont bestreichen können. Wir wollen hier noch feststellen, daß auch „Formidable“ und „Admiral Duhaud“ eine mittlere Geschwindigkeit von 16 Knoten haben; daß die neuesten Panzer noch eine größere Geschwindigkeit haben werden, ist schon von uns hervorgehoben.
Der gestern eingeflossene Pariser „Matin“ stellt seinen chauvinistischen Gelbzug gegen die vereinigten französischen Maler fort, die an der internationalen Berliner Ausstellung sich betheiligen haben. Wenn es noch eines Beweises dafür bedurfte, daß hinter den Bemühungen der französischen „Patrioten“, französische Künstler von einem internationalen Wettbewerb fernzuhalten, vielach auch die Eisenkunstminder konkurrenzfähiger Rivalen ihr verdecktes Spiel treibt, so wird dieser Beweis heute vom „Matin“ selbst erbracht. Um dem auch in Deutschland geschätzten französischen Porträtmaler Bonnat eins zu versehen, schreibt ein Widersacher derselben an den „Matin“, daß das Blatt den Namen dieses Künstlers aus der Liste beseitigt habe. Nun hat aber Bonnat weder in Berlin ausgestellt, noch befindet sich sein Name im Kataloge verzeichnet. „Wir behaupten“, bemerkt derselbe „Matin“, der über Berliner Verhältnisse so wohl unrichtig ist, daß er die am 8. Juni auf türkischem Gebiete freigesessenen Gefangenen der Räuber von Tschirkesk bereits am 7. Juni in Berlin eingehende Interviews gewöhren läßt: „Wir behaupten, daß Herr Bonnat nicht gewagt hat, in Berlin auszustellen, aber wenigstens, daß sein Name nicht im Kataloge figurirt.“ Das Pariser Blatt beschuldigt also einen der hervorragendsten Künstler seines eigenen Landes ohne Weiteres der Feilschheit oder gar, daß er sich zu einer fälschlichen Unterdrückung in den Angaben des Kataloges habe bereit finden lassen. Dem „Matin“ widerspricht zugleich das Mißgeschick, daß er in einer anderen Zufahrt sich derb abtauzeln lassen muß, weil der von ihm als Franzose bezeichnete Maler Girardet in Wirklichkeit — Schweizer sei und, wie es in dieser Zufahrt heißt, „wohl das Recht hat, auszustellen, wo es ihm beliebt“. Anstatt die ihm wegen seiner Unwissenheit und seiner Annahme unrichtiger Letztion zu bezeugen, schlägt der „Matin“ seinen heutigen Artikel: „Les peintres à Berlin“ mit der gegen die Schweiz gerichteten Dreifaltigkeit, daß er dem Maler Girardet keineswegs die „unverdienten Ehre“ habe erwirken wollen, diesen Landmann Wilhelm Tels als einen der Unfrühen in Anspruch zu nehmen“. Dieser Gelbzug à la Deroulade findet übrigens in den gestern vorliegenden Pariser Blättern bereits einen gewissen Nachklang.
Der Pariser Korrespondent der „Nat.-Zig.“ berichtet in dieser Hinsicht:

Stempel befordern soll, schon vor fast 10 Jahren von dem Bochumer Verein entlassen worden ist.
Oesterreich-Ungarn.
Wien, 12. Juni. (W. T. B.) Abgeordnetenhaus. Der Handelsminister Marquis Vacquhem legte das Berner Uebereinkommen betreffend den Eisenbahnverkehr mit dem Durchfahrtsgefez vor. Dasselbe interpellirte im Sinne eines Mißtraufes mit England behufs Schutzes des geistigen Eigentums.
Schweiz.
Bern, 12. Juni. (W. T. B.) Der Ständerath hat mit 21 gegen 18 Stimmen den neuen Artikel der Bundesverfassung angenommen, welcher bestimmt, daß dem Bund das Banknotemonopol zustehe, daß der Bund das Recht zur Ausgabe von Banknoten einer Staatsbank oder einer Zentralanleihebank übertragen könne, und daß der Regierung aus den Geschäften dieser Bank den Kantonen zuzufloe. Die letzte Bestimmung wurde zu dem von dem Nationalrath am 16. April d. J. beschlossenen Entwurf hinzugefügt. In Folge dieser Abänderung muß der Nationalrath über den Verfassungsentwurf nochmals Beschluß fassen. — Eine dem neuen Zolltarif freundlich gestimmte Versammlung von Mitgliedern der Bundesversammlung beschloß gestern außer einer in diesem Sinne gehaltenen Adresse an den Bundesrath auch eine Proklamiation an das Schweizer Volk zu Gunsten der Annahme des Zolltarifs zu erlassen. Die Ausführung der Beschlüsse wurde einer Kommission übertragen.
Frankreich.
Es befestigt sich nunmehr doch, daß das neue französische Panzergeschiff „Marscau“ dazu bestimmt ist, die Fahrt der französischen Panzerdivision des Nordens in die Ostsee mitzumachen; es ist aus dem Verbands der Mittelmeergeschwaders ausgegliedert und bereits in Gêrbe zur See eingetroffen. Der „Marscau“ ist ein Panzergeschiff ersten Ranges und in La Seyne nach den Plänen des Marinegenieurs Hun gebaut; er hat ein Displacement von 10,600 Tons und die neuen deutschen Panzer kommen ihm an Größe also ziemlich gleich; seine Armirung besteht aus vier in Arbeitstürmen aufgestellten 34 Zentimeter-Geschützen und in siebenzehn 14 Zentimeter-Kanonen. Der Bau des Panzers wurde im Jahre 1881 begonnen, er hat also volle zehn Jahre in Anspruch genommen in Folge der zahlreichen Aenderungen, die in den ursprünglichen Plänen gemacht wurden. Trotz dieser Aenderungen entspricht der „Marscau“ nicht mehr den Anforderungen, die heutigen Tages an ein Schlachtschiff gestellt werden. Seine Artillerie ist feindsüchlig geworden, die bei der Abfertigung der Batterien mit 17 Geschützen von 14 Zentimetern einem geschickten Feinde gegenüber kaum zu halten sein werden. Der „Marscau“ hat erst in den ersten Monaten dieses Jahres seine Probefahrten und zwar in Toulon beendet. Sie scheinen sehr gewisshaft ausgeführt zu sein und haben günstige Resultate ergeben. Diese werden auch die von deutscher Seite aufgestellte Behauptung, daß sich bei Panzern von etwa 10,000 Tons Displacement eine größere Geschwindigkeit als 15 Knoten nicht erreichen lasse. Bei Vollkampfe und vierstündiger Fahrt gaben die Maschinen eine Leistung von 11,017 Pferdekraft, welche dem Schiffe eine mittlere Geschwindigkeit von 16,4 Knoten gab. Auch die Schiebereihe mit den großen 34 Zentimeter-Geschützen sind befriedigend verlaufen; dieselben scheitern mit einer Pulverladung von 176 Kilogramm und einer Anfangsgeschwindigkeit von 600 Metern ein Geschos von 420 Kilogramm. Die Geschütze sind so aufgestellt, daß immer drei von ihnen den ganzen Horizont bestreichen können. Wir wollen hier noch feststellen, daß auch „Formidable“ und „Admiral Duhaud“ eine mittlere Geschwindigkeit von 16 Knoten haben; daß die neuesten Panzer noch eine größere Geschwindigkeit haben werden, ist schon von uns hervorgehoben.
Der gestern eingeflossene Pariser „Matin“ stellt seinen chauvinistischen Gelbzug gegen die vereinigten französischen Maler fort, die an der internationalen Berliner Ausstellung sich betheiligen haben. Wenn es noch eines Beweises dafür bedurfte, daß hinter den Bemühungen der französischen „Patrioten“, französische Künstler von einem internationalen Wettbewerb fernzuhalten, vielach auch die Eisenkunstminder konkurrenzfähiger Rivalen ihr verdecktes Spiel treibt, so wird dieser Beweis heute vom „Matin“ selbst erbracht. Um dem auch in Deutschland geschätzten französischen Porträtmaler Bonnat eins zu versehen, schreibt ein Widersacher derselben an den „Matin“, daß das Blatt den Namen dieses Künstlers aus der Liste beseitigt habe. Nun hat aber Bonnat weder in Berlin ausgestellt, noch befindet sich sein Name im Kataloge verzeichnet. „Wir behaupten“, bemerkt derselbe „Matin“, der über Berliner Verhältnisse so wohl unrichtig ist, daß er die am 8. Juni auf türkischem Gebiete freigesessenen Gefangenen der Räuber von Tschirkesk bereits am 7. Juni in Berlin eingehende Interviews gewöhren läßt: „Wir behaupten, daß Herr Bonnat nicht gewagt hat, in Berlin auszustellen, aber wenigstens, daß sein Name nicht im Kataloge figurirt.“ Das Pariser Blatt beschuldigt also einen der hervorragendsten Künstler seines eigenen Landes ohne Weiteres der Feilschheit oder gar, daß er sich zu einer fälschlichen Unterdrückung in den Angaben des Kataloges habe bereit finden lassen. Dem „Matin“ widerspricht zugleich das Mißgeschick, daß er in einer anderen Zufahrt sich derb abtauzeln lassen muß, weil der von ihm als Franzose bezeichnete Maler Girardet in Wirklichkeit — Schweizer sei und, wie es in dieser Zufahrt heißt, „wohl das Recht hat, auszustellen, wo es ihm beliebt“. Anstatt die ihm wegen seiner Unwissenheit und seiner Annahme unrichtiger Letztion zu bezeugen, schlägt der „Matin“ seinen heutigen Artikel: „Les peintres à Berlin“ mit der gegen die Schweiz gerichteten Dreifaltigkeit, daß er dem Maler Girardet keineswegs die „unverdienten Ehre“ habe erwirken wollen, diesen Landmann Wilhelm Tels als einen der Unfrühen in Anspruch zu nehmen“. Dieser Gelbzug à la Deroulade findet übrigens in den gestern vorliegenden Pariser Blättern bereits einen gewissen Nachklang.
Der Pariser Korrespondent der „Nat.-Zig.“ berichtet in dieser Hinsicht:

Stempel befordern soll, schon vor fast 10 Jahren von dem Bochumer Verein entlassen worden ist.
Oesterreich-Ungarn.
Wien, 12. Juni. (W. T. B.) Abgeordnetenhaus. Der Handelsminister Marquis Vacquhem legte das Berner Uebereinkommen betreffend den Eisenbahnverkehr mit dem Durchfahrtsgefez vor. Dasselbe interpellirte im Sinne eines Mißtraufes mit England behufs Schutzes des geistigen Eigentums.
Schweiz.
Bern, 12. Juni. (W. T. B.) Der Ständerath hat mit 21 gegen 18 Stimmen den neuen Artikel der Bundesverfassung angenommen, welcher bestimmt, daß dem Bund das Banknotemonopol zustehe, daß der Bund das Recht zur Ausgabe von Banknoten einer Staatsbank oder einer Zentralanleihebank übertragen könne, und daß der Regierung aus den Geschäften dieser Bank den Kantonen zuzufloe. Die letzte Bestimmung wurde zu dem von dem Nationalrath am 16. April d. J. beschlossenen Entwurf hinzugefügt. In Folge dieser Abänderung muß der Nationalrath über den Verfassungsentwurf nochmals Beschluß fassen. — Eine dem neuen Zolltarif freundlich gestimmte Versammlung von Mitgliedern der Bundesversammlung beschloß gestern außer einer in diesem Sinne gehaltenen Adresse an den Bundesrath auch eine Proklamiation an das Schweizer Volk zu Gunsten der Annahme des Zolltarifs zu erlassen. Die Ausführung der Beschlüsse wurde einer Kommission übertragen.
Frankreich.
Es befestigt sich nunmehr doch, daß das neue französische Panzergeschiff „Marscau“ dazu bestimmt ist, die Fahrt der französischen Panzerdivision des Nordens in die Ostsee mitzumachen; es ist aus dem Verbands der Mittelmeergeschwaders ausgegliedert und bereits in Gêrbe zur See eingetroffen. Der „Marscau“ ist ein Panzergeschiff ersten Ranges und in La Seyne nach den Plänen des Marinegenieurs Hun gebaut; er hat ein Displacement von 10,600 Tons und die neuen deutschen Panzer kommen ihm an Größe also ziemlich gleich; seine Armirung besteht aus vier in Arbeitstürmen aufgestellten 34 Zentimeter-Geschützen und in siebenzehn 14 Zentimeter-Kanonen. Der Bau des Panzers wurde im Jahre 1881 begonnen, er hat also volle zehn Jahre in Anspruch genommen in Folge der zahlreichen Aenderungen, die in den ursprünglichen Plänen gemacht wurden. Trotz dieser Aenderungen entspricht der „Marscau“ nicht mehr den Anforderungen, die heutigen Tages an ein Schlachtschiff gestellt werden. Seine Artillerie ist feindsüchlig geworden, die bei der Abfertigung der Batterien mit 17 Geschützen von 14 Zentimetern einem geschickten Feinde gegenüber kaum zu halten sein werden. Der „Marscau“ hat erst in den ersten Monaten dieses Jahres seine Probefahrten und zwar in Toulon beendet. Sie scheinen sehr gewisshaft ausgeführt zu sein und haben günstige Resultate ergeben. Diese werden auch die von deutscher Seite aufgestellte Behauptung, daß sich bei Panzern von etwa 10,000 Tons Displacement eine größere Geschwindigkeit als 15 Knoten nicht erreichen lasse. Bei Vollkampfe und vierstündiger Fahrt gaben die Maschinen eine Leistung von 11,017 Pferdekraft, welche dem Schiffe eine mittlere Geschwindigkeit von 16,4 Knoten gab. Auch die Schiebereihe mit den großen 34 Zentimeter-Geschützen sind befriedigend verlaufen; dieselben scheitern mit einer Pulverladung von 176 Kilogramm und einer Anfangsgeschwindigkeit von 600 Metern ein Geschos von 420 Kilogramm. Die Geschütze sind so aufgestellt, daß immer drei von ihnen den ganzen Horizont bestreichen können. Wir wollen hier noch feststellen, daß auch „Formidable“ und „Admiral Duhaud“ eine mittlere Geschwindigkeit von 16 Knoten haben; daß die neuesten Panzer noch eine größere Geschwindigkeit haben werden, ist schon von uns hervorgehoben.
Der gestern eingeflossene Pariser „Matin“ stellt seinen chauvinistischen Gelbzug gegen die vereinigten französischen Maler fort, die an der internationalen Berliner Ausstellung sich betheiligen haben. Wenn es noch eines Beweises dafür bedurfte, daß hinter den Bemühungen der französischen „Patrioten“, französische Künstler von einem internationalen Wettbewerb fernzuhalten, vielach auch die Eisenkunstminder konkurrenzfähiger Rivalen ihr verdecktes Spiel treibt, so wird dieser Beweis heute vom „Matin“ selbst erbracht. Um dem auch in Deutschland geschätzten französischen Porträtmaler Bonnat eins zu versehen, schreibt ein Widersacher derselben an den „Matin“, daß das Blatt den Namen dieses Künstlers aus der Liste beseitigt habe. Nun hat aber Bonnat weder in Berlin ausgestellt, noch befindet sich sein Name im Kataloge verzeichnet. „Wir behaupten“, bemerkt derselbe „Matin“, der über Berliner Verhältnisse so wohl unrichtig ist, daß er die am 8. Juni auf türkischem Gebiete freigesessenen Gefangenen der Räuber von Tschirkesk bereits am 7. Juni in Berlin eingehende Interviews gewöhren läßt: „Wir behaupten, daß Herr Bonnat nicht gewagt hat, in Berlin auszustellen, aber wenigstens, daß sein Name nicht im Kataloge figurirt.“ Das Pariser Blatt beschuldigt also einen der hervorragendsten Künstler seines eigenen Landes ohne Weiteres der Feilschheit oder gar, daß er sich zu einer fälschlichen Unterdrückung in den Angaben des Kataloges habe bereit finden lassen. Dem „Matin“ widerspricht zugleich das Mißgeschick, daß er in einer anderen Zufahrt sich derb abtauzeln lassen muß, weil der von ihm als Franzose bezeichnete Maler Girardet in Wirklichkeit — Schweizer sei und, wie es in dieser Zufahrt heißt, „wohl das Recht hat, auszustellen, wo es ihm beliebt“. Anstatt die ihm wegen seiner Unwissenheit und seiner Annahme unrichtiger Letztion zu bezeugen, schlägt der „Matin“ seinen heutigen Artikel: „Les peintres à Berlin“ mit der gegen die Schweiz gerichteten Dreifaltigkeit, daß er dem Maler Girardet keineswegs die „unverdienten Ehre“ habe erwirken wollen, diesen Landmann Wilhelm Tels als einen der Unfrühen in Anspruch zu nehmen“. Dieser Gelbzug à la Deroulade findet übrigens in den gestern vorliegenden Pariser Blättern bereits einen gewissen Nachklang.
Der Pariser Korrespondent der „Nat.-Zig.“ berichtet in dieser Hinsicht:

Stempel befordern soll, schon vor fast 10 Jahren von dem Bochumer Verein entlassen worden ist.
Oesterreich-Ungarn.
Wien, 12. Juni. (W. T. B.) Abgeordnetenhaus. Der Handelsminister Marquis Vacquhem legte das Berner Uebereinkommen betreffend den Eisenbahnverkehr mit dem Durchfahrtsgefez vor. Dasselbe interpellirte im Sinne eines Mißtraufes mit England behufs Schutzes des geistigen Eigentums.
Schweiz.
Bern, 12. Juni. (W. T. B.) Der Ständerath hat mit 21 gegen 18 Stimmen den neuen Artikel der Bundesverfassung angenommen, welcher bestimmt, daß dem Bund das Banknotemonopol zustehe, daß der Bund das Recht zur Ausgabe von Banknoten einer Staatsbank oder einer Zentralanleihebank übertragen könne, und daß der Regierung aus den Geschäften dieser Bank den Kantonen zuzufloe. Die letzte Bestimmung wurde zu dem von dem Nationalrath am 16. April d. J. beschlossenen Entwurf hinzugefügt. In Folge dieser Abänderung muß der Nationalrath über den Verfassungsentwurf nochmals Beschluß fassen. — Eine dem neuen Zolltarif freundlich gestimmte Versammlung von Mitgliedern der Bundesversammlung beschloß gestern außer einer in diesem Sinne gehaltenen Adresse an den Bundesrath auch eine Proklamiation an das Schweizer Volk zu Gunsten der Annahme des Zolltarifs zu erlassen. Die Ausführung der Beschlüsse wurde einer Kommission übertragen.
Frankreich.
Es befestigt sich nunmehr doch, daß das neue französische Panzergeschiff „Marscau“ dazu bestimmt ist, die Fahrt der französischen Panzerdivision des Nordens in die Ostsee mitzumachen; es ist aus dem Verbands der Mittelmeergeschwaders ausgegliedert und bereits in Gêrbe zur See eingetroffen. Der „Marscau“ ist ein Panzergeschiff ersten Ranges und in La Seyne nach den Plänen des Marinegenieurs Hun gebaut; er hat ein Displacement von 10,600 Tons und die neuen deutschen Panzer kommen ihm an Größe also ziemlich gleich; seine Armirung besteht aus vier in Arbeitstürmen aufgestellten 34 Zentimeter-Geschützen und in siebenzehn 14 Zentimeter-Kanonen. Der Bau des Panzers wurde im Jahre 1881 begonnen, er hat also volle zehn Jahre in Anspruch genommen in Folge der zahlreichen Aenderungen, die in den ursprünglichen Plänen gemacht wurden. Trotz dieser Aenderungen entspricht der „Marscau“ nicht mehr den Anforderungen, die heutigen Tages an ein Schlachtschiff gestellt werden. Seine Artillerie ist feindsüchlig geworden, die bei der Abfertigung der Batterien mit 17 Geschützen von 14 Zentimetern einem geschickten Feinde gegenüber kaum zu halten sein werden. Der „Marscau“ hat erst in den ersten Monaten dieses Jahres seine Probefahrten und zwar in Toulon beendet. Sie scheinen



Deutsche Fonds, Pfand- und Rentenbriefe. Table with columns for bond names and values.

Rembe Fonds. Table with columns for bond names and values.

Eisenbahn-Stamm-Pflichten. Table with columns for railway names and values.

Eisenbahn-Prioritäten-Obligationen. Table with columns for railway names and values.

Hypothekenscheine. Table with columns for mortgage names and values.

Wahl-Papiere. Table with columns for election names and values.

Bergwerk- und Hüttenwerksgesellschaften. Table with columns for company names and values.

Industrie-Papiere. Table with columns for industrial names and values.

Wahl-Diokont. Table with columns for election names and values.

Wetterausichten für Sonnabend, 13. Juni 1891. Table with columns for weather forecasts.

Paris, 10. Juni. Nachdem der „Matin“ gestern an der Spitze seines Blattes mit fetter Schrift den Auszug des Katalogs der Berliner internationalen Kunstausstellung betriebs...

Paris, 12. Juni. Nach den neuesten Nachrichten dauert in China die Plünderung christlicher Missionen fort. Die Regierung hat beschlossen, alle Schiffe hinführenden, die beim indochinesischen Geschwader disponibel sind.

Paris, 12. Juni. F. de Lespays wird sich, da er Großoffizier der Ehrenlegion ist, bezüglich der gegen ihn erhobenen Anklagen über Unordnungen bei der Panama-Gesellschaft vor dem Appellhof zu verantworten haben.

Paris, 12. Juni. Die Orleanistin wird voraussichtlich heute den ehemaligen Reichskanzler in Berlin, de Courcelles, zum Vorsitzenden des Verwaltungsrats ernennen.

Italien. Rom, 12. Juni. Monsignore Meceni erklärte, er werde die Leitung der Verwaltung des Peterspfennigs, nachdem dieselbe geregelt, wieder übernehmen, da er im Staatssekretariat zu verbleiben wünsche.

Großbritannien und Irland. London, 12. Juni. Im Auftrage der Königin werden Generalmajor Henry Edward und Oberst Garington das deutsche Kaiserpaar beim Betreten des englischen Bodens begrüßen.

Russland. Petersburg, 6. Juni. Nachdem die Ernennung des Grafen Montebello zum französischen Botschafter in Petersburg aus Paris als sicher gemeldet ist, wird sie von der „Nowoje Wremja“ ungeniebig sympathisch begrüßt.

Aus den Provinzen. 2 Greifenberg, 12. Juni. Im Dorf Prusk verstarb in dieser Woche das uneheliche Kind eines Mädchens unter Umständen, welche der Vermutung Raum lassen, daß der Tod kein natürlicher gewesen sei.

Amerika. Ueber den Aufstand in Haiti und das Wüten des Präsidenten Hippolyte liegen folgende ausführlichere Berichte vor: New York, 8. Juni. Mit dem heute Morgen hier eingetroffenen Dampfer „Orange Nassau“ sind weitere Nachrichten über den Aufstand in Port-au-Prince angelangt.

Der junge Herr soll das Mädchen, bei dessen Vater er in Stellung war, entführt haben. Der Frau glückte einem Berliner Privatdetektivinstitute. Die jungen Leute, die offenbar sehr eilig sind, werden schon seit Anfang April verfolgt.

Woll-Berichte. Berlin, 12. Juni. Ueber das heutige Geschäft ist nichts Besonderes zu berichten, da dasselbe fast vollständig leblos verlief.

Stettiner Nachrichten. Stettin, 13. Juni. Die neulouiseffizirte Apotheke an der Ecke der Burscher- und Bogislavstraße ist heute mit Genehmigung der königlichen Regierung eröffnet worden.

Telegraphische Depeschen. Effen, 12. Juni. Bochumer Stenerprozeß. Der Staatsanwalt beantragt gegen den verantwortlichen Redakteur Lüne...

Lezte Nachrichten. Straßburg i. E., 12. Juni. Der Landwirtschaftsrat von Elsaß-Lothringen wurde heute in Gegenwart des Statthalters Fürsten Hopfenlohe durch Baron Born von Ulach eröffnet.

Bankwesen. Mailänder 7 Gulden-Loose. Die nächste Ziehung findet am 1. Juli statt. Gegen den Kontroversfall von ca. 15 Mark pro Stück bei der Anlösung übernahm das Bankhaus Karl Neuburger...

Börsen-Berichte. Posen, 12. Juni. Spiritus loco ohne Faß 50er 69,80, do. loco ohne Faß 50er 50,00. Still. - Weiter: Negersich.

Wagbezug, 12. Juni. Zuckerverbrauch. Konvorder expl. von 92 Prozent 17,80, Konvorder impl. 88 Prozent Rendement 17,10, Nachprodukte expl. 75 Prozent Rendement 14,50.

Hamburg, 12. Juni, Vormittags 11 Uhr. Kaffe. (Vormittagsbericht.) Good average Santos per Juli 82,50, per September 80,50, per Dezember 72,00, per März 70,50.

Der junge Herr soll das Mädchen, bei dessen Vater er in Stellung war, entführt haben. Der Frau glückte einem Berliner Privatdetektivinstitute. Die jungen Leute, die offenbar sehr eilig sind, werden schon seit Anfang April verfolgt.

Woll-Berichte. Berlin, 12. Juni. Ueber das heutige Geschäft ist nichts Besonderes zu berichten, da dasselbe fast vollständig leblos verlief.

Stettiner Nachrichten. Stettin, 13. Juni. Die neulouiseffizirte Apotheke an der Ecke der Burscher- und Bogislavstraße ist heute mit Genehmigung der königlichen Regierung eröffnet worden.

Telegraphische Depeschen. Effen, 12. Juni. Bochumer Stenerprozeß. Der Staatsanwalt beantragt gegen den verantwortlichen Redakteur Lüne...

Lezte Nachrichten. Straßburg i. E., 12. Juni. Der Landwirtschaftsrat von Elsaß-Lothringen wurde heute in Gegenwart des Statthalters Fürsten Hopfenlohe durch Baron Born von Ulach eröffnet.

Bankwesen. Mailänder 7 Gulden-Loose. Die nächste Ziehung findet am 1. Juli statt. Gegen den Kontroversfall von ca. 15 Mark pro Stück bei der Anlösung übernahm das Bankhaus Karl Neuburger...

Börsen-Berichte. Posen, 12. Juni. Spiritus loco ohne Faß 50er 69,80, do. loco ohne Faß 50er 50,00. Still. - Weiter: Negersich.

Wagbezug, 12. Juni. Zuckerverbrauch. Konvorder expl. von 92 Prozent 17,80, Konvorder impl. 88 Prozent Rendement 17,10, Nachprodukte expl. 75 Prozent Rendement 14,50.

Hamburg, 12. Juni, Vormittags 11 Uhr. Kaffe. (Vormittagsbericht.) Good average Santos per Juli 82,50, per September 80,50, per Dezember 72,00, per März 70,50.

Paris, 10. Juni. Nachdem der „Matin“ gestern an der Spitze seines Blattes mit fetter Schrift den Auszug des Katalogs der Berliner internationalen Kunstausstellung betriebs...

Paris, 12. Juni. Nach den neuesten Nachrichten dauert in China die Plünderung christlicher Missionen fort. Die Regierung hat beschlossen, alle Schiffe hinführenden, die beim indochinesischen Geschwader disponibel sind.

Paris, 12. Juni. F. de Lespays wird sich, da er Großoffizier der Ehrenlegion ist, bezüglich der gegen ihn erhobenen Anklagen über Unordnungen bei der Panama-Gesellschaft vor dem Appellhof zu verantworten haben.

Paris, 12. Juni. Die Orleanistin wird voraussichtlich heute den ehemaligen Reichskanzler in Berlin, de Courcelles, zum Vorsitzenden des Verwaltungsrats ernennen.

Italien. Rom, 12. Juni. Monsignore Meceni erklärte, er werde die Leitung der Verwaltung des Peterspfennigs, nachdem dieselbe geregelt, wieder übernehmen, da er im Staatssekretariat zu verbleiben wünsche.

Großbritannien und Irland. London, 12. Juni. Im Auftrage der Königin werden Generalmajor Henry Edward und Oberst Garington das deutsche Kaiserpaar beim Betreten des englischen Bodens begrüßen.

Russland. Petersburg, 6. Juni. Nachdem die Ernennung des Grafen Montebello zum französischen Botschafter in Petersburg aus Paris als sicher gemeldet ist, wird sie von der „Nowoje Wremja“ ungeniebig sympathisch begrüßt.

Aus den Provinzen. 2 Greifenberg, 12. Juni. Im Dorf Prusk verstarb in dieser Woche das uneheliche Kind eines Mädchens unter Umständen, welche der Vermutung Raum lassen, daß der Tod kein natürlicher gewesen sei.

Amerika. Ueber den Aufstand in Haiti und das Wüten des Präsidenten Hippolyte liegen folgende ausführlichere Berichte vor: New York, 8. Juni. Mit dem heute Morgen hier eingetroffenen Dampfer „Orange Nassau“ sind weitere Nachrichten über den Aufstand in Port-au-Prince angelangt.







